22.10.2013

Drucksache 141/13

Budgetbericht zum 30.09.2013

Gremium	Sitzungsdatum	Beschlussstatus	Beratungsstatus
Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen	02.12.2013	Empfehlungsbeschluss	öffentlich
Kreisausschuss	16.12.2013	Empfehlungsbeschluss	öffentlich
Kreistag	17.12.2013	Entscheidung	öffentlich

Organisationseinheit	Steuerungsdienst
Berichterstattung	Kreisdirektor Dr. Thomas Wilk

Budget	01	Zentrale Verwaltung
Produktgruppe	01.01	Steuerungsdienst
Produkt	01.01.02	Finanzwirtschaft, Budgetierung

Haushaltsjahr	Ertrag/Einzahlung [€]
	Aufwand/Auszahlung [€]

Beschlussvorschlag

1. Den im Budgetbericht dargestellten überplanmäßigen Aufwendungen in den Budgets 50 „Arbeit und Soziales“ sowie 01 „Zentrale Verwaltung“ wird zugestimmt.
2. Die Entscheidung über die Erhebung einer fakultativen Bedarfsumlage nach dem Einheitslastenabrechnungsgesetz wird nach Aufstellung des Jahresabschlusses 2013 getroffen.

Sachbericht

1. Struktur und Grundlagen des Budgetberichtes

Gem. § 8 der vom Kreistag in seiner Sitzung am 11.12.2012 beschlossenen Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2013 berichtet der Kämmerer **dreimal jährlich** über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie der Einzahlungen und Auszahlungen der einzelnen Budgets. Insbesondere sollen voraussichtlich zu erwartende Abweichungen von den Haushaltsansätzen erläutert werden. Für 2013 wird hiermit der dritte Budgetbericht vorgelegt, der über die Entwicklung der Haushaltsausführung zum **Stichtag 30.09.2013** informiert.

Hierbei wird auch ausdrücklich auf die **ergänzenden mündlichen Berichte** des Kreiskämmerers in den Sitzungen des Kreisausschusses und Kreistages Bezug genommen, die im Zusammenhang mit der Beratung des Budgetberichtes zum Stichtag 30.06.2013 insbesondere zur Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Heizung gegeben worden sind.

Grundlage des Budgetberichtes ist ein Vergleich der Planzahlen mit den tatsächlichen (bzw. bis zum Jahresende prognostizierten) Soll-Beträgen, die produktgruppenscharf basierend auf den Teilergebnis- bzw. Teilfinanzplanpositionen erhoben werden. Nur so ist eine Vergleichbarkeit gegeben und es können entsprechende Rückschlüsse gezogen werden. Während im Bereich des Ergebnisplans Abweichungen aller Planpositionen zu bewerten sind, wird im Bereich des Finanzplans nur der Teil B mit den Plandaten der investiven Maßnahmen (Position Nr. 18 - 31) beurteilt.

Die Darstellung erfolgt über eine Gliederung in die gebildeten Budgets und eine feinere Unterteilung in die jeweils eingerichteten Produktgruppen. Innerhalb eines jeden Budgets werden zudem die zuvor näher bezeichneten Komponenten getrennt voneinander bewertet.

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit wird im Saldo nur eine Zahl als Verbesserung (+) oder Verschlechterung (-) pro Produktgruppe angegeben. Darüber hinaus werden nur die Berichtsergebnisse der Budgets dargestellt, bei denen Abweichungen von der Planung erwartet werden.

Mit den Erläuterungen werden die Gründe für die jeweiligen Abweichungen unter Bezugnahme auf die einzelne Teilergebnisplan- bzw. Teilfinanzplanposition näher dargelegt und nach Haushaltsverbesserung und Haushaltsverschlechterung ausgewiesen. (Geringfügige) Abweichungen, die voraussichtlich budgetintern ausgeglichen werden können, sind in diesem Bericht nicht dargestellt.

Zu Beginn des Berichtes erfolgt eine **Zusammenfassung** aller gemeldeten Verbesserungen und Verschlechterungen verbunden mit einer Prognose für den Haushalt insgesamt.

2. Zustimmung des Kreistages zu überplanmäßigen Aufwendungen

Überplanmäßige Aufwendungen, die eine Summe von 50 T€ übersteigen, bedürfen nach § 83 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) i. V. m. § 26 Abs. 1 lit. g) der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) und § 7 Ziff. 5 der Haushaltssatzung des Kreises Unna der Zustimmung des Kreistages. Aufgrund der negativen Prognosen im Bereich der Kosten der Unterkunft wird es im Budget 50 „Arbeit und Soziales“ zu Überschreitungen der Planansätze kommen, für die keine Ausgleichsmöglichkeiten bestehen. Ebenso ist im Budget 01 „Zentrale Verwaltung“ für die Heranziehung des Kreises Unna nach dem Einheitslastenabrechnungsgesetz keine Deckung vorhanden.

Zur weiteren Erläuterung der Abweichungen und deren Begründungen wird auf die folgenden Darstellungen des Budgetberichts verwiesen.

3. Haushaltswirtschaftliche Sperre

Aufgrund der schlechten Prognosen für das Jahresergebnis 2013 und der erkennbaren erheblichen Verschlechterungen der finanziellen Lage des Kreises Unna hat der Kämmerer gem. § 24 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) mit Wirkung vom 09.09.2013 eine haushaltswirtschaftliche Sperre verhängt. Diese Sperre bezieht sich im Wesentlichen auf die Teilergebnisplanposition 016 „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ und beinhaltet u. a. Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, Reisekosten, Dienst- und Schutzkleidung, Geschäftsaufwendungen, Versicherungsbeiträge sowie Festwertersatzbeschaffungen.

Bei den hierzu gehörenden Sachkonten sind von den am 09.09.2013 im Finanzwesen noch verfügbaren Haushaltsmitteln 25 % der Beträge gesperrt worden. Sozialaufwendungen und Zweckbindungen wurden hier-bei ausgeklammert. Insgesamt soll mit der Haushaltssperre eine Einsparung von bis zu **1,0 Mio. €** erreicht werden.

Über die unmittelbar nach Verhängung der Sperre bereits durch den Kreiskämmerer gegenüber den Fraktionen und Gruppen mündlich gegebenen Informationen hinaus, erfolgt hiermit die formelle Unterrichtung des Kreistages gem. § 24 Abs. 2 GemHVO NRW.

Zusammenfassung

Nach den aktuellen Meldungen der Fachbereiche, Fachdienste und Stabstellen zum Stichtag **30.09.2013** ergibt sich für den Kreis Unna in zehn Budgets eine Abweichung zu den bisher geplanten Ansätzen des **Ergebnisplanes**. Bei linearer Fortschreibung und Hochrechnung der zurzeit ermittelten Werte stellt sich rechnerisch eine Verschlechterung von rd. **2,7 Mio. €** dar. Sofern mit der ausgesprochenen haushaltswirtschaftlichen Sperre der maximale Betrag von rd. 1,0 Mio. € erreicht werden kann, errechnet sich ein negatives Jahresergebnis in Höhe von noch rd. **1,7 Mio. €**. Dies würde einen vollständigen Verzehr der Ausgleichsrücklage des Kreises Unna bedeuten.

In dieser Rechnung ist die für den Kreis Unna zu erwartende Heranziehung nach dem Einheitslastenabrechnungsgesetz (ELAG) in Höhe von rd. **2,4 Mio. €** (abzgl. Auflösung einer gebildeten Rückstellung von 0,3 Mio. €) bereits enthalten. Gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass der Kreis Unna im Jahr 2013 noch keine Bedarfsumlage nach dem ELAG erhebt, mit der dieser Betrag von den Städten und Gemeinden wieder eingefordert werden könnte. Unter besonderer Betonung eines gemeindefreundlichen Verhaltens soll hierüber erst nach Vorliegen des Jahresergebnisses 2013 durch den Kreistag im Laufe des Jahres 2014 entschieden werden.

Die Prognose des Budgetberichtes geht weiter davon aus, dass die gebildete bilanzielle **Rückstellung** für den Bereich Bildung und Teilhalbe in Höhe von rd. **1,9 Mio. €** ertragswirksam im Jahr 2013 aufgelöst werden kann. Sofern dies nicht möglich ist, wird sich das voraussichtliche negative Jahresergebnis 2013 um diesen Betrag erhöhen und dann rd. **3,6 Mio. €** umfassen. Damit würde auch ein Verzehr der Allgemeinen Rücklage in einer Größenordnung eintreten, mit der rechtliche Folgen verbunden wären (Haushaltssicherungspflicht, § 76 GO NRW).

Insgesamt ist weiter zu berücksichtigen, dass diese Prognosen mit Unsicherheiten behaftet sind, da das tatsächliche Ergebnis erst mit dem Jahresabschluss 2013 vorliegen kann. Im weiteren Verlauf des Jahres können sich nach wie vor Änderungen in positiver wie auch negativer Hinsicht ergeben.

Zu den bisher geplanten Ansätzen des **Finanzplanes** errechnet sich ebenfalls eine Abweichung. Voraussichtlich ergibt sich zum Jahresende eine Verschlechterung von rd. **1,0 Mio. €**, die im Wesentlichen

aber nur darauf zurückzuführen ist, dass eingeplante Landeszuwendungen für Investitionsmaßnahmen später ausgezahlt werden.

A Ergebnisplan

Produktgruppe	Saldo	
	Verbesserung TEUR	Verschlechterung TEUR
Personalaufwendungen insgesamt	1.700	
01 Zentrale Verwaltung		2.687
32 Öffentliche Sicherheit und Ordnung		20
36 Straßenverkehr		470
40 Schulen und Bildung		
41 Kultur		24
50 Arbeit und Soziales		2.151
51 Familie und Jugend	669	
53 Gesundheit und Verbraucherschutz	17	
60 Bauen	250	
62 Vermessung und Kataster		50
69 Natur und Umwelt	85	
Summe	2.721	5.402
Saldo	- 2.681	

Personalaufwendungen insgesamt

1. Zuführung zu Pensionsrückstellungen

Auf Grundlage des für die Haushaltsplanung 2014 angeforderten unterjährigen versicherungsmathematischen Gutachtens, das die Personalveränderungen sowie die Besoldungsanpassungen in 2013 gemäß des Entwurfes des Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes NRW berücksichtigt, vermindert sich der Zuführungsbedarf zum 31.12.2013 von 4.914 T€ um **1.450 T€** auf 3.464 T€.

2. Personalaufwendungen

Bezüglich der Entwicklung der Personalaufwendungen ergibt sich nach den Hochrechnungen der bisherigen IST-Aufwendungen (Tarifbeschäftigte bis September | Beamte bis Oktober 2013) auf Grund einer sehr restriktiven Haushaltsbewirtschaftung aktuell ein bis zum Jahresende zu erwartender **Minderaufwand** von rd. **250 T€**.

Insgesamt ergeben sich somit Minderaufwendungen im Personalbereich von rd. **1,7 Mio. €**.

Budget: 01 Zentrale Verwaltung

Produktgruppe	erfolgt planmäßig	Saldo		Erläuterung Nr.
		Verbesserung TEUR	Verschlechterung TEUR	
01.00 Budgetebene		308	3.109	1
01.01 Gesamtsteuerung und Finanzwirtschaft		200	274	2
01.02 Zentrale Finanzbuchhaltung				
01.03 LK	X			
01.04 Presse und Kommunikation	X			
01.05 Zentrale Datenverarbeitung		80		3
01.06 Service und Logistik	X			
01.09 Rechnungsprüfungsangelegenheiten	X			
01.10 KPB			15	4
01.11 Planung und Mobilität		123		5
Summe		711	3.398	
Saldo		- 2.687		

E 1 Budgetebene

TEP 002 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

- 669 T€

Im Budget 51 Familie und Jugend ergibt sich voraussichtlich eine Verbesserung in Höhe von rd. 669 T€, die dazu führt, dass die im Budget 01 veranschlagte Mehrbelastung zur Kreisumlage für die Aufgaben der Jugendhilfe nicht in voller Höhe benötigt wird.

Um den Gemeinden Bönen und Holzwickede sowie der Stadt Fröndenberg/Ruhr den Minderbedarf anrechnen zu können, wird in dieser Höhe im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 ein **bilanzieller Sonderposten** gebildet, der im übernächsten Jahr ertragswirksam aufzulösen ist, um anteilig die Aufwendungen des Budgets 51 zu decken (§ 56 Abs. 4 Satz 3 Kreisordnung NRW). Die kreisangehörigen Kommunen, welche hierfür die Mehrbelastung zur Kreisumlage an den Kreis abführen, müssen dann im genannten Umfang geringere Zahlungen leisten. Der zu planende Ertrag aus der Umlage verringert sich in 2015 entsprechend.

TEP 007 Sonstige ordentliche Erträge

+ 308 T€

TEP 015 Transferaufwendungen

- 2.440 T€

Das **Einheitslastenabrechnungsgesetz NRW** aus Februar 2010 (ELAG) wurde vom Verfassungsgerichtshof in Münster im Mai 2012 in wesentlichen Teilen für verfassungswidrig erklärt. Am 16.07.2013 hat das Landeskabinett daher einen Entwurf für ein „Gesetz zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW“ (ELAGÄndG) und Modellrechnungen für die Auswirkungen dieses Gesetzes vorgelegt.

Danach sollen die kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Kreis Unna für die Jahre **2009 bis 2011** im Saldo Rückzahlungen in Höhe von rd. 3.439 T€ erhalten, die sich jedoch sehr unterschiedlich verteilen. Der Kreis Unna soll hingegen eine Nachzahlung in Höhe von rd. **2.440 T€** leisten.

Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen, dass die Städte und Gemeinden in den zurückliegenden Jahren mit der Gewerbesteuerumlage bereits Vorauszahlungen auf den kommunalen Anteil der Einheitslasten gezahlt haben, die sich nach dem jetzt gefundenen Abrechnungsverfahren als zu hoch herausgestellt haben. Alle Kreise und die Landschaftsverbände haben hingegen nicht vorausgezahlt und sollen nun Nachzahlungen erbringen.

Gegen den Kreis Unna wurde bisher nur einmal (mit Bescheid vom 28.10.2011) durch die Bezirksregierung Arnsberg eine Zahlung in Höhe von rd. **308 T€** nach dem ELAG für das Abrechnungsjahr 2009 festgesetzt und zugleich aufgrund des anhängigen Verfahrens vor den Verfassungsgerichtshof bis zur abschließenden Entscheidung im Rechtsstreit gestundet. Daraufhin wurde im Jahresabschluss 2011 eine Rückstellung in Höhe der bekannten Forderung gebildet.

Aufgrund der vorliegenden positiven Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände ist davon auszugehen, dass das ELAGÄndG in der Plenarsitzung des Landtages NRW am 27./28.11.2013 verabschiedet werden wird.

Mit dem Gesetzentwurf wird den Umlageverbänden auch die Möglichkeit eröffnet, zur Finanzierung der Nachzahlung eine fakultative **Bedarfsumlage** im Jahr 2013 oder im Jahr 2014 von den jeweiligen Mitgliedskommunen zu erheben. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe hat ein entsprechendes Verfahren zur Erhebung einer solchen zusätzlichen Umlage für das Jahr 2014 bereits eingeleitet.

In Bezug auf die für den Kreis Unna im Verhältnis zu seinen Städten und Gemeinden bestehende Möglichkeit zur Erhebung einer fakultativen Bedarfsumlage schlägt der Landrat vor, diese Entscheidung erst **nach Aufstellung des Jahresabschlusses 2013** zu treffen. Abhängig von den dann vorliegenden Daten kann erst zu diesem Zeitpunkt (in 2014) eine verlässliche Aussage darüber getroffen werden, in welcher Höhe ggf. ein Verzehr der Allgemeinen Rücklage ausgeglichen werden muss und in welchem Umfang die kreisangehörigen Städte und Gemeinden tatsächlich herangezogen werden müssen.

Als weiteres Argument kommt hinzu, dass die für eine Festsetzung der zusätzlichen Umlage zu schaffende satzungsmäßige Grundlage den gleichen Verfahrensvorschriften unterliegen würde, wie der Erlass einer Haushaltssatzung. Dies würde bedeuten, dass unmittelbar mit der Einleitung eines Benehmensherstellungsverfahrens begonnen und eine Sondersitzung des Kreistages zur Einbringung einer entsprechenden Satzung geplant werden müsste, um noch eine rechtzeitige Verabschiedung in der Sitzung des Kreistages am 17.12.2013 zu ermöglichen. Nach Abwägung aller Argumente spricht aus Sicht der Verwaltung mehr dafür, erst im nächsten Jahr über eine ELAG-Bedarfsumlage zu entscheiden.

Auch dieses Vorgehen bringt in besonderer Weise zum Ausdruck, dass der Kreis Unna bestrebt ist, jede Möglichkeit zur Rücksichtnahme auf die finanzielle Situation seiner Städte und Gemeinden zu nutzen.

E 2 Gesamtsteuerung und Finanzwirtschaft

TEP 020 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	+ 200 T€
TEP 016 Sonstige ordentliche Aufwendungen	- 274 T€

Für die laufenden Investitionsdarlehen ist der Zinsaufwand aufgrund der feststehenden Zins- und Tilgungspläne bereits zu Beginn des Haushaltsjahres sehr genau kalkulierbar. Bei der Umschuldung von vier Darlehen konnten jedoch günstigere Konditionen erreicht werden, als erwartet. Dadurch entsteht voraussichtlich ein Minderaufwand von rd. **200 T€**.

Im Rahmen der Baumaßnahme „Energetische Sanierung des Naturwissenschaftlichen Zentrums (NTZ)“ war eine Containeranlage anzumieten, um die Schüler für den Zeitraum der Umbauten unterzubringen und den Schulbetrieb aufrechterhalten zu können. Ein Teil der Gesamtaufwendungen in Höhe von rd. **274 T€** führt in 2013 zu **Mehraufwendungen**, da der Sachverhalt investiv eingeplant wurde, jedoch als Aufwand zu verbuchen ist.

E 3 Zentrale Datenverarbeitung

TEP 006 Kostenerstattungen und Kostenumlagen **+ 80 T€**

Im Bereich der IT-Aufgaben werden derzeit Vorbereitungen für eine Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) mit der Gemeinde Bönen getroffen. Im Rahmen dieser IKZ wird der Kreis Unna für die Gemeinde Bönen die Aufgaben der Datenverarbeitung und -betreuung übernehmen. Im Jahr 2013 wurden bereits nicht eingeplante Dienstleistungen erbracht, wofür der Gemeinde rd. **80 T€** in Rechnung gestellt wurden.

E 4 Kreispolizeibehörde

TEP 004 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte **- 20 T€**

TEP 004 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte **+ 5 T€**

Die Verwaltungsgebühren für Sicherstellungen von Fahrzeugen und Sachgegenständen können aufgrund eines längerfristigen Personalausfalls lediglich zu einem geringeren Anteil eingezogen werden. Die für 2013 zugrundegelegten Planzahlen werden voraussichtlich um rd. **20 T€** unterschritten.

Im Bereich des Waffenrechts ist auf Jahressicht mit Ergebnisverbesserungen der Verwaltungsgebühren um rd. **5 T€** zu rechnen, so dass sich für die Produktgruppe insgesamt voraussichtlich eine **Verschlechterung** von **15 T€** ergibt.

E 5 Planung und Mobilität

TEP 016 Sonstige ordentliche Aufwendungen **+ 123 T€**

Der Kreis Unna übernimmt jährlich Ausgleichszahlungen für Verkehrsdienstleistungen der VKU. Durch das Sozialticket ergeben sich im Rechnungsergebnis der VKU jedoch Verbesserungen. Gegenüber der Haushaltsplanung 2013 fällt die Verbesserung im Jahr 2013 auf Grund neuer Erkenntnisse aus den Jahresabschlüssen 2011 und 2012 um weitere rd. **123 T€** positiver aus, als bisher angenommen. Die vom Kreis Unna zu tragenden Ausgleichszahlungen verringern sich im genannten Umfang.

Mit Beschluss des Kreistages vom 18.06.2013 erweiterte sich der anspruchsberechtigte Personenkreis für das Sozialticket ab dem 01.08.2013 um die Wohngeldempfänger im Kreis Unna. Die daraus resultierenden Auswirkungen sind derzeit noch nicht absehbar.

Die für das Budget 50, Arbeit und Soziales, eintretenden Wirkungen sind dort im Einzelnen dargestellt.

Budget: 32 Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Produktgruppe	erfolgt planmäßig	Saldo		Erläuterung Nr.
		Verbesserung TEUR	Verschlechterung TEUR	
32.01 Ordnungsangelegenheiten	X			
32.02 Ausländer- und Personenstandswesen	X			
32.03 Bevölkerungsschutz			20	1
Summe			20	
Saldo		- 20		

E 1 32.03 Bevölkerungsschutz

TEP 016 Sonstige ordentliche Aufwendungen

- 20 T€

Für das Einsatzleitsystem fallen erhöhte Reparatur- und Wartungskosten an. Darüber hinaus müssen als Notfallreserve Feuerwehrschräume für das Feuerwehrservicezentrum beschafft werden. Insgesamt ergeben sich **Mehraufwendungen** von rd. **20 T€**.

Budget: 36 Straßenverkehr

Produktgruppe	erfolgt planmäßig	Saldo		Erläuterung Nr.
		Verbesserung TEUR	Verschlechterung TEUR	
36.01 Führerscheinstelle und gewerblicher Kraftverkehr		45		1
36.02 Zulassungsstelle		150		2
36.03 Bußgeldstelle und Verkehrssicherung		35	700	3, 4
Summe		230	700	
Saldo		- 470		

E 1 36.01 Führerscheinstelle und gewerblicher Kraftverkehr

TEP 004 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte **+ 45 T€**

Im Vorjahr und auch im laufenden Jahr zeigt sich eine positive Ertragsentwicklung. Vor diesem Hintergrund sowie aufgrund der nicht prognostizierbaren Entwicklung der Fallzahlen bei den zahlreichen unterschiedlichen Geschäftsvorfällen ist voraussichtlich mit einem Mehrertrag in Höhe von rd. **45 T€** zu rechnen.

E 2 36.02 Zulassungsstelle

TEP 004 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte **+ 150 T€**

Trotz der rückläufigen Entwicklung der Neuzulassungen sind Mehrerträge durch Veränderung der Fallzahlen bei den übrigen Geschäftsvorfällen zu erwarten.

E 3 36.03 Bußgeldstelle und Verkehrssicherung

TEP 004 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte **- 140 T€**

TEP 007 Sonstige ordentliche Erträge **- 560 T€**

Insbesondere die rückläufige Zahl der Fremdanzeigen und der Anzeigen, die aus der kreiseigenen Geschwindigkeitsüberwachung resultieren, sind Ursache für eine voraussichtlich verminderte Ertragslage. Der Fallzahlenrückgang liegt bei der stationären kreiseigenen Überwachung bei minus 20,8 % im Vergleich zum Vorjahr. Bei der mobilen Überwachung liegt das Fallzahlenaufkommen auf Vorjahresniveau.

Soweit erkennbar ist diese Entwicklung u. a. auf die Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf die Geschwindigkeitsüberwachung, Sonderaktionen wie den Blitzer-Marathon, Einführung neuer Messtechnik bei der Polizei sowie die in 2013 aufgrund der späten Haushaltsgenehmigung um vier Monate verzögerte Einführung eines weiteren mobilen Messsystems zurückzuführen.

E 4 36.03 Bußgeldstelle und Verkehrssicherung

TEP 280 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen **+ 35 T€**

Durch die rückläufige Entwicklung der Fallzahlen bei den Neuzulassungen ist mit einer Verminderung der Aufwendungen für Portokosten zu rechnen.

Im Saldo ergibt sich somit in diesem Budget insgesamt eine **Verschlechterung** um **470 T€**.

Budget: 41 Kultur

Produktgruppe	erfolgt planmäßig	Saldo		Erläuterung Nr.
		Verbesserung TEUR	Verschlechterung TEUR	
41.01 Kultur			24	1
Summe			24	
Saldo		24		

E 1 41.01 Kultur

TEP 016 Sonstige ordentliche Aufwendungen

- 24 T€

Bei der Erhebung von Eintrittsgeldern für die Ausstellungen im Schloss Cappenberg wird aufgrund der aktuellen Besucherzahlen mit **Mindererträgen** von rd. **30 T€** gerechnet. Aus den Verkaufserlösen der Museumsshops in Cappenberg und Opherdicke werden hingegen **Mehrerträge** von rd. rd. **15 T€** erwartet.

Die Nutzungsentgelte des Hauses Opherdicke werden sich voraussichtlich nicht wie erwartet entwickeln; es wird zu rd. **5 T€ Mindererträgen** kommen.

Der Zuschuss an das Hellwegbüro hat sich entgegen der ursprünglichen Planung um rd. **4 T€** erhöht.

Insgesamt ergibt sich für das Budget somit eine Verschlechterung um rd. **24 T€**.

Budget: 50 Arbeit und Soziales

Produktgruppe	erfolgt planmäßig	Saldo		Erläuterung Nr.
		Verbesserung TEUR	Verschlechterung TEUR	
50.00 Fachbereichsebene	X			
50.01 Soziale Sicherung		6.178	7.273	1 - 5
50.02 Hilfen bei Pflegebedürftigkeit		320	1.336	6 - 7
50.03 Wohnungswesen			40	8
50.04 Aufg. des Schwerbehindertenrechts	X			
Summe		6.498	8.649	
Saldo		- 2.151		

E 1 50.01 Soziale Sicherung

TEP 015 Transferaufwendungen

- 196 T€

Hilfen zum Lebensunterhalt nach dem dritten Kapitel SGB XII, laufende und einmalige Leistungen, Hilfen zur Gesundheit, zur Weiterführung des Haushalts und Bestattungskosten

Personen im erwerbsfähigen Alter, die vorübergehend, d. h. länger als sechs Monate, jedoch nicht dauerhaft erwerbsgemindert sind und somit nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und damit keinen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II haben, erhalten zur Sicherstellung ihres notwendigen Lebensunterhaltes Leistungen nach dem 3. Kapitel SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt - HzL).

Im 1. Halbjahr 2013 war im Vorjahresvergleich ein deutlicher Anstieg der Fallzahlen von 31 % (von 351 auf 461 Fälle) verbunden mit höheren Aufwendungen zu verzeichnen. Zwar liegen aktuell die Fallzahlen des 3. Quartals 2013 noch nicht vor. Die durch die Städte und Gemeinden im Kreis Unna im Rahmen der Delegation verausgabten Leistungen zeigen jedoch einen erneuten Anstieg der Aufwendungen, sodass der Haushaltsansatz insgesamt voraussichtlich um 680 T€ überschritten wird.

Da sich die Städte und Gemeinden an den Nettoaufwendungen der Hilfe zum Lebensunterhalt mit 50 % beteiligen, wirken sich die Mehraufwendungen auf die Finanzierungsbeteiligung dahingehend aus, dass Mehrerträge von knapp 300 T€ erzielt werden. Hierdurch sowie durch weitere Ertrags- bzw. Aufwandsänderungen bei den Leistungen nach dem SGB XII können zumindest teilweise die Mehraufwendungen kompensiert werden.

Insgesamt verbleiben in der Differenz **Mehraufwendungen** von **195 T€**, die sich im Einzelnen wie folgt darstellen:

Erträge:

Leistungsart	HH-Ansatz 2013 in T€	Voraus. Jahresergebnis 2013 in T€	Verbesserung/ Verschlechterung
Finanzierungsbeteiligung der ka. Gemeinden an den Sozialleistungen	977	1.237	+ 260
Kostenbeiträge, etc.	150	160	+10
Übergeleitete Unterhaltsansprüche	105	92	-13
Leistungen von Sozialleistungsträgern,	300	280	-20
Erstattung von Leistungen für fremde Sozialhilfeträger	50	70	+20
Rückzahlung gewährter Hilfen	190	125	-65
Sonstige Ersatzleistungen	5	2	-3
Leistungen von Sozialleistungsträgern	1	0	-1
Owi-Verfahren Pflegeversicherung, Gebühren	24	26	+2
Insgesamt	1.802	1.992	+ 190

Aufwendungen:

Leistungsart	HH-Ansatz 2013 in T€	Voraus. Jahresergebnis 2013 in T€	Verbesserung/ Verschlechterung
Erstattung von Leistungen an fremde Sozialhilfeträger	10	0	+10
Hilfen zur Gesundheit	1.910	1.685	+225
Hilfen zum Lebensunterhalt	2.090	2.770	-680
Hilfen zur Weiterführung des Haushalts	30	10	+20
Bestattungskosten	350	300	+50
Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	15	25	-10
Insgesamt	4.405	4.790	- 385
		Saldo	- 195

E 2 50.01 Soziale Sicherung

TEP 002 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

- 227 T€

Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets

Bereits im ersten Budgetbericht zum 31.03.2013 wurde darauf hingewiesen, dass sich die Wirkung des Sozialtickets auf das Wirtschaftsergebnis der VKU besser als ursprünglich erwartet auswirkt. Auf die Rechnungsergebnisse der VKU der Jahre 2011 und 2012 wurde in diesem Zusammenhang verwiesen.

Das Rechnungsergebnis der VKU des Jahres 2012 wurde aktuell im Zusammenhang mit der Erstellung des Verwendungsnachweises für die Fördermittel des Landes NRW des Jahres 2012 korrigiert. Bei der Prüfung

durch den Wirtschaftsprüfer hat sich herausgestellt, dass bei der Berechnung der Ansprüche Dritter an den von der VKU ausgegebenen Sozialtickets des Jahres 2012 zu geringe Einnahmen unterstellt wurden. Die Ansprüche Anderer, die mit 17,5 % kalkuliert wurden, berechneten sich tatsächlich mit 15,65 %. Das Wirtschaftsergebnis der VKU verbesserte sich hierdurch von 47,13 % auf 49,28 %. Die verbleibenden Kosten des Kreises für das Sozialticket verringerten sich somit im Jahr 2012 von 91.000 € auf 63.000 €.

Da die Aufwendungen des Sozialtickets des Jahres 2013 sowie auch die Fördermittel des Landes NRW auf der ursprünglichen Basisberechnung der VKU ermittelt wurden, wirkt sich die dargestellte Neuberechnung auch auf das zu erwartende Wirtschaftsergebnis des Jahres 2013 aus.

Wie im Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2013 dargelegt, ist der anspruchsberechtigte Personenkreis für das Sozialticket durch Kreistagsbeschluss mit Wirkung zum 01.08.2013 um die Empfänger von Wohngeld erweitert worden. Die Beanspruchung des Sozialtickets durch diese Personengruppe hat sich jedoch - trotz diverser Werbeaktivitäten - bisher nur als geringfügig dargestellt. In der Zeit vom 01.08. - 30.09.2013 haben insgesamt 62 Wohngeldbezieher das Sozialticket beantragt. Insofern ist es bisher durch diese Gruppe nicht zu wesentlichen Veränderungen der Gesamtnutzerzahlen gekommen.

Von den für das Jahr 2013 mit Bescheid vom 15.04.2013 zugesicherten Fördermitteln des Landes NRW in Höhe von insgesamt 320.565,00 € wurde bisher die Hälfte an den Kreis Unna ausgezahlt. Da die hälftige Zuwendung zur Deckung der voraussichtlichen Kosten des Sozialtickets vollumfänglich ausreichen wird und eine Erstattung überzahlter Leistungen bzw. die Bildung von wesentlichen Rückstellungen vermieden werden soll, ist der Bezirksregierung Arnsberg berichtet worden, dass auf die Auszahlung weiterer Zuwendungen verzichtet wird.

Die bereits überwiesenen Zuwendungen werden dennoch über den zu erwartenden Aufwendungen liegen. Eine genaue Berechnung ist wegen der unsicheren Entwicklung der Ticketinhaber im Wohngeldbezug erst nach Ende des Haushaltsjahres möglich. Es verbleibt deshalb bis auf Weiteres bei der im 2. Budgetbericht gemeldeten **Minderung der Landeszuwendung** um **227 T€** auf knapp 94 T€.

Der Kreis Unna hat nur die Vertriebskosten in Höhe von 45 T€ aus Eigenmitteln zu tragen. Ansonsten ist das Sozialticket kostenneutral: Den Sozialaufwendungen stehen Minderungen bei den VKU-Ausgleichszahlungen im Budget 01 gegenüber.

E 3 50.01 Soziale Sicherung

TEP 006 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	+ 1.315 T€
TEP 007 Sonstige ordentliche Erträge	+ 1.392 T€
TEP 016 Sonstige ordentliche Aufwendungen	- 5.535 T€
Laufende und einmalige Kosten für Unterkunft und Heizung von Arbeitsuchenden, sonstige einmalige Leistungen	

Die mit Beginn des Jahres 2013 schlagartig eingetretene negative Entwicklung im Jobcenter Kreis Unna mit deutlicher Zielverfehlung hat sich auch im 3. Quartal - allerdings gedämpft - fortgesetzt.

Der Controllingbericht bis einschließlich September 2013 weist eine Stagnation mit geringfügigem Rückgang auf. Die kommunalen Leistungen sinken mit 7.616 T€ erstmalig wieder nach einem kontinuierlichen Anstieg in den letzten sechs Monaten. Im Vergleich zum Vormonat konnten die Leistungen um 118 T€ reduziert werden.

Dennoch verbleiben die kommunalen Leistungen auf einem ausgesprochen hohen Niveau. Sie liegen mit 4.827 T€ über dem Vorjahr und mit 3.908 T€ über dem Zielwert 2013 (6,0 %).

Die Gründe für diese Negativentwicklung sind bereits in den vergangenen Budgetberichten 2013 ausführlich benannt worden. Der Kreis Unna hat nochmals zusammen mit dem Jobcenter an einer weitergehenden und vertiefenden Ursachenanalyse gearbeitet und dabei die folgenden wesentlichen Gründe ermittelt:

→ **progressive Entwicklung der Fallzahlen: Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im Mai 2012 = 19.912 | Januar 2013 = 19.877 | Mai 2013 = 20.515**

- ungünstige Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt, weniger offene Stellen
- langer Winter, ausgebliebene Frühjahrsbelegung
- Zugänge aus dem ALG I/SGB III

→ **Anstieg der durchschnittlichen Kosten der Unterkunft je Bedarfsgemeinschaft beeinflusst durch:**

- hohen Anteil an Single-Bedarfsgemeinschaften (rd. 50 %) und Alleinerziehenden (rd. 19%)
- Umsetzung des BSG-Urteils zur angemessenen Wohnungsgröße und Rückrechnung von Fallbeständen aus 2012.
- gestiegene kalte Betriebskosten, u. a. Grundsteuer B (bis zu 15 %), gestiegene Heizkosten (bis zu 30 %)
- Erhöhung des Regelbedarfes um 2,26 % zum 01.01.2013 und damit verbunden Verringerung des anrechenbaren Einkommens

→ **Verringerung der Gutschriften durch den Forderungseinzug der Bundesanstalt für Arbeit um rd. 439 T€ im Vorjahresvergleich**

Die Summe der Leistungen für die Unterkunft ist durch den Leistungsbereich nur unwesentlich beeinflussbar, da bei gegebener Hilfebedürftigkeit ein grundsätzlicher Rechtsanspruch auf Gewährung von Leistungen besteht. Wesentliche Einsparungen sind nur bei einer erfolgreichen Integrationsarbeit in den ersten Arbeitsmarkt zu erzielen, d. h. vorrangig durch nachhaltige sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigungen mit auskömmlichen Löhnen, die Hilfebedürftigkeit vermeiden bzw. beenden. Die Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt haben sich hierfür im Kreis Unna nach wie vor nicht verbessert:

- Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat sich im Kreis Unna negativ entwickelt.
- Die Zahl der Arbeitslosen (rechtskreisübergreifend sowohl bei der Arbeitsagentur als auch beim Jobcenter) liegt im September bei 19.776. Damit liegt sie zwar wieder unter der 20.000er-Grenze. Im Vorjahresvergleich hat sich die Arbeitslosenzahl allerdings seit September 2012 um 4,6 % (866) verschlechtert.
- Die SGB II-Arbeitslosigkeit ist trotz durchschnittlicher, über dem NRW-Schnitt liegender Integrationswerte überdurchschnittlich gestiegen.
- Die Arbeitskräftenachfrage ist im September eingebrochen. Mit 772 offenen Stellen meldeten die Arbeitgeber 21,4 % weniger (210) Stellen als noch im Vormonat. Die meisten der offenen Stellen stammen aus der Zeitarbeitsbranche. Die von dort angeforderte Anzahl von 236 Kräften liegt im Vergleich zu den Vormonaten überdurchschnittlich hoch.
- Der Anteil und die Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsempfänger mit Erwerbseinkommen („Ergänzer“) sind stark rückläufig.
- Das anrechenbare Einkommen hat sich deutlich überdurchschnittlich verringert.

Im 2. Budgetbericht 2013 ist bei der Hochrechnung für das gesamte Jahr noch davon ausgegangen worden, dass der Mehraufwand bis zum Jahresende bei rund 5,0 Mio. € liegen wird. Nach dem ergänzenden mündlichen Bericht des Kämmerers auf Grund der Prognose zum Budgetbericht zum 30.09.2013 wurde diese Zahl auf einen Mehraufwand von rund 7,0 Mio. € korrigiert. Mit dem Septemberwert 2013 und damit der Abbildung von neun Monaten kann die Prognose jetzt präzisiert werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die laufenden Leistungen für Unterkunft und Heizung, also die mit Abstand größten Aufwendungen,

den Zenit im Monat Juni erreicht haben und seitdem kontinuierlich sinken. Es ist deshalb gerechtfertigt, den Mittelwert der Monate August und September bis zum Jahresende fortzuschreiben. Danach tritt voraussichtlich eine **Gesamtverschlechterung** in Höhe von **5.535 T€** ein. Dies entspricht auch der Einschätzung der Geschäftsführung des Jobcenters.

Der Kreis Unna und die Bundesagentur äußern in den Trägerversammlungen und Zielnachhaltedialogen an die Geschäftsführung des Jobcenters regelmäßig die Erwartung, dass alle Anstrengungen unternommen werden, dieser Negativentwicklung entgegenzuwirken. Bereits im zweiten Quartal des laufenden Jahres ist ein entsprechendes Handlungsprogramm mit Maßnahmen zur Gegensteuerung erarbeitet worden und wird noch umgesetzt. Die ersten positiven Wirkungen scheinen jetzt zeitversetzt anzukommen; die endgültigen Wirkungen bleiben aber noch abzuwarten. Sehr entscheidend wird es sein, das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2014 so auszurichten, dass es u. a. auch für die kommunalen Leistungen nachhaltige kostendämpfende Wirkungen erzielt.

Durch die Bundesbeteiligung von 26,4% entsteht für die Mehrkosten bei den laufenden Leistungen der Unterkunft auch ein Mehrertrag. Es wird davon ausgegangen, dass sich 4.980 Mio. € auf die laufenden Unterkunftskosten beziehen, sodass sich der **Mehrertrag** auf **1.315 T€** beläuft.

Darüber hinaus ist für die Nachzahlungen aufgrund der rückwirkenden Anwendung des BSG-Urteils zu den Wohnungsgrößen eine Rückstellung in Höhe von 1.572 T€ gebildet worden. Die Fallüberprüfungen sind abgeschlossen. Für die Rückrechnung ist nur ein Aufwand von 180 T€ angefallen, sodass die verbliebene Rückstellung von **1.392 T€** jetzt ertragswirksam aufgelöst werden kann.

E 4 50.01 Soziale Sicherung

TEP 016 Sonstige ordentliche Aufwendungen **+ 240 T€**
Kofinanzierung Bürgerarbeit und öffentlich geförderte Beschäftigung

Das Modellprojekt „Bürgerarbeit“ wird durch den Kreis Unna durch den Einsatz von ersparten passiven Leistungen der Unterkunft und Heizung dahingehend unterstützt, dass pro Bürgerarbeiter ein monatlicher Kofinanzierungsbetrag von 120 € gezahlt wird. Bewilligt sind 268 Plätze.

Neben dem Modellprojekt „Bürgerarbeit“ ist auch eine Kofinanzierung im Rahmen des Modellprojektes „Öffentlich geförderte Beschäftigung“ mit 180 T€ eingeplant. Tatsächlich zugesichert wurde jedoch nur ein Kreiszuschuss in Höhe von 13.865 € für eine 2jährige Laufzeit.

Insgesamt ist für beide Projekte von einem - gegenüber dem 2. Budgetbericht unverändertem - **Minderaufwand** in Höhe von **240 T€** auszugehen.

E 5 50.01 Soziale Sicherung

TEP 006 Kostenerstattungen und Umlagen **- 1.315 T€**
TEP 007 Sonstige ordentliche Erträge **+ 1.945 T€**
TEP 015 Transferaufwendungen und
TEP 016 Sonstige ordentliche Aufwendungen gesamt **+1.286 T€**
Kosten des Bildungs- und Teilhabepaketes

Mit der am 21.08.2013 veröffentlichten Verordnung zur Festsetzung der der Revision unterliegenden Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung für das Jahr 2013 wurde die Quote für das Bildungs- und Teilhabepaket rückwirkend zum 01.01.2013 auf einen bundesdurchschnittlichen Wert von 3,3 Prozentpunkte angepasst. Anhand der länderspezifischen Ausgaben werden Länderquoten abgeleitet; für das Land NRW beträgt die Länderquote 3,4 %. Damit vermindert sich die bisherige Quote von 5,4 % um 2,0 Prozentpunkte.

Eine Verrechnung der bisher zu hoch ausgezahlten Bundesbeteiligung wird laut Aussage des MAIS NRW voraussichtlich zum Jahresende erfolgen.

Bei der Haushaltsplanung für das Jahr 2013 ist bei der Bundesbeteiligung noch der alte Wert von 5,4 % zugrundegelegt worden, der in dieser Höhe nicht mehr zum Tragen kommt. Kalkuliert wurden hier Gesamterträge in Höhe von insgesamt 7.911 T€. Unter Berücksichtigung der bisherigen tatsächlichen Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft und Heizung und einer Hochrechnung bis zum Jahresende ist nunmehr bei einer Quote von 3,4% für das Bildungs- und Teilhabepaket von Gesamterträgen in Höhe von 6.596 T€ auszugehen, sodass insgesamt mit einem **Minderertrag** von rd. **1.315 T€** zu rechnen ist.

Bei den Leistungen für Bildung und Teilhabe wurden für alle Zielgruppen (Empfänger von Wohngeld, Kinderzuschlag, SGB II, SGB XII und AsylbLG) für das laufende Haushaltsjahr BuT-Gesamtaufwendungen in Höhe von 4.577 T€ eingeplant. Auf der Grundlage der tatsächlichen Aufwendungen bis 30.09.2013 ist hier von Jahresaufwendungen von 3.291 T€ auszugehen. Der **Minderaufwand** beläuft sich auf rd. **1.286 T€**.

Insgesamt werden mit der nunmehr festgesetzten Bundesbeteiligung von 3,4% die tatsächlichen Aufwendungen für Bildung und Teilhabe nicht mehr vollständig gedeckt. Es verbleibt schon im Jahr 2013 eine **Unterdeckung der Aufwendungen** in Höhe von **29 T€**; mit weiteren Verschlechterungen in den Folgejahren bei unveränderten Rahmenbedingungen ist zu rechnen. Der Kreis Unna unterstützt deshalb eine Initiative des Landkreistages NRW, wonach die Leistungen „spitz“ abgerechnet werden sollen, bis auf Landesebene (und nicht auf lokaler Ebene) die Quote von 3,4 % erreicht wird.

Positiv war bisher zu vermerken, dass die für Bildung und Teilhabe im Jahresabschluss 2012 gebildete **Rückstellung** in Höhe von **1.945 T€** ertragswirksam aufgelöst werden kann, da der Bund von einer Rückzahlung bzw. Verrechnung der überschüssigen Mittel aus 2012 abgesehen hat.

Seit wenigen Tagen verfügt der Kreis Unna über neue Informationen, nach denen der Bund entgegen aller bisherigen Verlautbarungen offenbar doch wieder auf Bundesebene beabsichtigt, die im Jahr 2012 nicht verausgabten Mittel für Bildung und Teilhabe mit den Auszahlungen für das Jahr 2012 zu verrechnen. Wenn dies so käme, wäre die geplante Auflösung der Rückstellung nicht möglich.

Hintergrund dieser Angelegenheit ist eine komplizierte rechtliche Streitfrage zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den zuständigen Landesministern. Eigentlich schien die Rechtsfrage im August 2013 geklärt, als mit Inkrafttreten der Verordnung zur Revision der KdU-Bundesbeteiligung für das Bildungspaket keine zusätzliche Absenkung um die im Jahr 2012 durch Minderausgaben eingetretenen Differenzen vorgesehen war. Dies wurde seitens der Länder und der kommunalen Spitzenverbände nachdrücklich begrüßt und die Auffassung vertreten, dass es auch keine andere rechtliche Möglichkeit gebe.

Unbeschadet der eindeutigen Rechtslage hält das Bundesministerium aber weiterhin an einem Ausgleich für 2012 fest und spitzt die Lage noch in der Weise zu, dass ein Abhängen der Länder vom HKR-Verfahren des Bundes angedroht wird, wenn der Ausgleich nicht faktisch vorgenommen wird.

Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen hat in einem Erlass vom 16.10.2013 erklärt, den vom Bund geforderten Ausgleich nicht vorzunehmen, da hierfür keine Rechtsgrundlage bestehe. Faktisch sei jedoch davon auszugehen, dass das Bundesministerium die Abkoppelung vom HKR-Verfahren im November 2013 vornehmen und im Zuge dessen die Minderausgaben des Jahres 2012 für Bildung und Teilhabe eigenmächtig mit dem Abruf der Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung verrechnen wird. Ein solches Vorgehen würde sich direkt auch auf die Zahlungsströme beim Kreis Unna auswirken.

Der Budgetbericht geht in der Zusammenstellung des Zahlenwerkes weiterhin davon aus, dass die ertragswirksame Auflösung der Rückstellung gebucht werden kann. In der Zusammenfassung der Prognose ist jedoch auch die Höhe des voraussichtlichen negativen Jahresergebnisses genannt, die bei einer Verrechnung des Bundes eintreten würde.

E 6	50.02 Hilfen bei Pflegebedürftigkeit	
	TEP 002 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	+ 115 T€
	TEP 015 Transferaufwendungen	- 1.336 T€
	Leistungen im stationären Pflegefall, Pflegewohngeld	

Gegenüber dem 2. Budgetbericht sind nochmals deutliche Verschlechterungen eingetreten.

Der aktuelle Auszahlungsstand bei der Hilfe zur Pflege beläuft sich bis zum 3. Quartal einschl. der Zahlungen für den Monat Oktober 2013 auf 11.762 T€ und bei der Investitionskostenförderung auf 11.350 T€. Die tatsächlichen Gesamtaufwendungen erreichen somit eine Summe von 23.112 T€. Auf dieser Basis ergibt die Hochrechnung für das Jahr 2013 einen **Fehlbetrag** in Höhe von rd. **1.336 T€**.

Die wesentlichen Ursachen sind:

- steigende Fallzahlen, nicht zuletzt durch den Abbau von rückständigen „Altfällen“,
- höhere Ausgaben für Grundsicherungsleistungen im stationären Pflegefall,
- Kostensteigerungen durch teils deutliche Erhöhungen von Pflegesätzen (z.B. Energiekosten) und der Investitionskosten (Pflegewohngeld) und
- Zunahme der Kosten bei der Kurzzeit- und Tagespflege

Aus den gestiegenen Aufwendungen für Grundsicherungsleistungen bei stationärer Pflege resultiert eine **höhere Kostenerstattung** des Bundes in Höhe von voraussichtlich rd. **115 T€**.

E 7	50.02 Hilfen bei Pflegebedürftigkeit	
	TEP 015 Transferaufwendungen	+ 120 T€
	Investitionskostenzuschüsse für ambulante Pflegedienste	

Bei ambulanten Pflegediensten werden die Errichtung und der Erwerb von Gebäuden, Aufwendungen für Miete, Pacht, Nutzung oder Mitbenutzung von Gebäuden sowie die Erstbeschaffung, Instandsetzung, Instandhaltung und Wiederbeschaffung beweglicher Anlagegüter durch Investitionskostenzuschüsse gefördert.

Bei der Förderung derartiger investiver Kosten ist nach dem aktualisierten Stand des Antragsvolumens im September 2013 von Minderaufwendungen in Höhe v. rd. 120 T€ auszugehen.

E 8	50.2 Hilfen bei Pflegebedürftigkeit	
	TEP 015 Transferaufwendungen	+ 85 T€
	Kostenerstattung an die Verbraucherzentrale für Pflege- und Wohnberatung	

In der Pflege- und Wohnberatung sind Stellenvakanzen entstanden, durch die sich der Zuschussbedarf der Verbraucherzentrale reduziert. Es ist von **Minderaufwendungen** in Höhe von rd. **85 T€** auszugehen.

E 9

50.3 Wohnungswesen

TEP 004 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

- 40 T€

Die Anträge auf Wohnungsbaufördermittel sind sowohl im Mietwohnungsbau als auch im Eigenheimbereich rückläufig. Da sich die Gebührenhöhe prozentual von der Bewilligungssumme ableitet, ist zu erwarten, dass **Mindererträge** in Höhe von rd. **40 T€** erzielt werden.

Budget: 51 Familie und Jugend

Produktgruppe	erfolgt planmäßig	Saldo		Erläuterung Nr.
		Verbesserung TEUR	Verschlechterung TEUR	
51.00 Fachbereichsebene	X			
51.01 Kinder- und Jugendförderung	X			
51.02 Hilfen zur Erziehung		151	406	1, 2
51.03 Verwaltung, KiTa, Beistandschaften, UVG, BEEG		974	50	3
Summe		1.125	456	
Saldo		+ 669		

E 1 51.02 Hilfen zur Erziehung

TEP 003 Sonstige Transfererträge	+ 133 T€
TEP 004 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	+ 18 T€

Die Heranziehung zu den Kosten bei den erzieherischen Hilfen ergibt einen **Mehrertrag** von rd. **133 T€**. Es handelt sich um Kostenerstattungen durch Sozialleistungsträger und Eltern sowie durch andere Jugendämter.

Für Maßnahmen der Bundesinitiative „Frühe Hilfen“ werden Mittel zur Verfügung gestellt. Da die Maßnahme Ende 2012 bewilligt wurde, konnten für das Haushaltsjahr 2013 keine Mittel in Ansatz gebracht werden. Es wird mit einem **Mehrertrag** von **18 T€** gerechnet.

E 2 51.02 Hilfen zur Erziehung

TEP 013 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	- 40 T€
TEP 015 Transferaufwendungen	- 366 T€

Im Bereich der erzieherischen Hilfen wird die Bereitschaftspflege ausgebaut. In der Bereitschaftspflege werden Kinder und Jugendliche, die aufgrund von Problemen in ihren Ursprungsfamilien in Obhut genommen werden, kurzfristig untergebracht. Es werden teure Unterbringungen in Jugendschutzstellen vermieden. Hier kommt es zu einem **Mehraufwand** von rd. **40 T€**.

Die Vollzeitpflege wird entsprechend der vom Kreistag am 27.06.2011 beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen für den Bereich Hilfen zur Erziehung weiter ausgebaut, so dass es in diesem Bereich zu Fallzahlensteigerungen kommt. Es wird mit einem **Mehraufwand** von rd. **86 T€** gerechnet.

Die Fallzahlen in der Eingliederungshilfe (§ 35a SGB VIII) steigen seit längerem an. Darüber hinaus werden immer mehr Integrationshelfer für die Begleitung von Kindern und Jugendlichen an Schulen eingesetzt. Es wird ein **Mehraufwand** von rd. **280 T€** erwartet.

E 3 51.03 Verwaltung, Kindertagesbetreuung, Beistandschaften, UVG, BEEG

TEP 002 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	+ 420 T€
TEP 003 Sonstige Transfererträge	+ 190 T€
TEP 004 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	- 50 T€
TEP 015 Transferaufwendungen	+ 364 T€

Aufgrund der Verabschiedung des Belastungsausgleichsgesetzes im Rahmen des Ausbaus der U3-Betreuungsplätze zum Ende des Jahres 2012 wurde festgelegt, dass ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 um 19,96 % höhere Landesmittel je U3-Platz gezahlt werden. Diese Regelung war zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung noch nicht bekannt, ein entsprechender Haushaltsansatz konnte daher nicht gebildet werden. Es kann mit einem **Mehrertrag** von rd. **620 T€** gerechnet werden.

Der Bewilligungsbescheid des LWL für die Betriebskostenpauschalen im Kindergartenjahr 2013/2014 liegt seit Ende April 2013 vor. Grundlage für diesen Bescheid waren die dem Land zum 15.03.2013 gemeldeten KiBiz-Pauschalen. Entgegen der Erwartungen ist im Vergleich zu den Vorjahren ein Rückgang der Buchungen im 45-Stundenbereich zu verzeichnen. Hinzu kommt eine Änderung in der Bewilligungspraxis für die Betreuung integrativer Kinder in Kindertageseinrichtungen, die nunmehr auch im laufenden Kindergartenjahr nachgemeldet werden können. Die Zahl der tatsächlich gemeldeten integrativen Kinder ist erheblich niedriger als geplant. Dadurch ist mit einem **Minderertrag** in Höhe von rd. **140 T€** zu rechnen.

Für die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr sind neue Betreuungsmöglichkeiten (eine Gruppe in Holzwickede) geschaffen worden, woraus ein **Mehraufwand** von rd. **75 T€** resultiert.

Das Land NRW stellt den Jugendämtern als Ausgleich für den Einnahmeausfall aufgrund des beitragsfreien Kindergartenjahres einen pauschalen Zuschuss in Höhe von 5 % der Summe der Kindpauschalen der Kinder im Alter von 3 – 6 Jahren zu Verfügung. Hier kommt es zu einem **Mehrertrag** von rd. **15 T€**.

In der Teilergebnisplanposition 002 ergibt sich somit insgesamt ein **Mehrertrag** von rd. **420 T€**.

Zwischenzeitlich ist die Endabrechnung für das Kindergartenjahr 2011/2012 erfolgt. Die Zahl der gemeldeten integrativen Kinder, für die die Kindertageseinrichtungen durch das Land eine zusätzliche Förderung erhalten haben, war höher als die Betreuungszahl der tatsächlich anerkannten integrativen Kinder. Aufgrund der Endabrechnung müssen die Kindertageseinrichtungen die seinerzeit bewilligten und ausgezahlten Pauschalen an den Kreis zurückerstatten. Der Landesanteil an diesen Pauschalen ist hier bereits mit der monatlichen KiBiz-Zahlung Ende April 2013 verrechnet worden. Es ist ein **Mehrertrag** von rd. **200 T€** zu erwarten.

Im Bereich der Unterhaltsvorschussangelegenheiten (UVG) sind die Antragszahlen rückläufig. Das Land beteiligt sich an den UVG-Leistungen. Aufgrund der geringeren Fallzahlen kommt es zu einem **Minderertrag** von rd. **10 T€**.

In der Teilergebnisplanposition 003 ergibt sich somit insgesamt ein **Mehrertrag** von rd. **190 T€**.

Die Höhe der von den Eltern zu leistenden Elternbeiträge für den Besuch von Kindertageseinrichtungen richtet sich nach dem Einkommen der Eltern. Im laufenden Haushaltsjahr sind die Eltern nicht so einkommensstark wie angenommen. Es kommt zu einem **Minderertrag** von rd. **50 T€**.

Wie bereits oben ausgeführt liegt der Bewilligungsbescheid des LWL für die Betriebskostenpauschalen im Kindergartenjahr 2013/2014 vor. Ab dem 01.08.2013 besteht der Rechtsanspruch auf Betreuung von Kindern ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Um einen möglichen vermehrten Betreuungsbedarf über die tatsächlich vorhandenen U3-Plätze sicherstellen zu können, wurden dem Land zusätzliche Plätze gemeldet. Diese Plätze werden, zumindest zum 01.08., nur zum Teil benötigt. Das Land zahlt die Mittel jedoch entsprechend der gemeldeten Zahlen aus und wird sie im Rahmen der Endabrechnung des Kindergartenjahres 2013/2014, die Ende 2014 erfolgt und in 2015 zahlbar gemacht wird, zurückfordern. Weiterhin sind entgegen der Planung die Buchungen im 45-Stunden Bereich zurückgegangen und die

geschätzte Anzahl der integrativen Kinder fällt geringer aus. Es sind **Minderaufwendungen** von rd. **175 T€** einzuplanen.

Im Bereich der Unterhaltsvorschussangelegenheiten (UVG) sind die Antragszahlen rückläufig. Darüber hinaus werden vermehrt UVG-Leistungen zurückgefordert. Dadurch kommt es zu **Minderaufwendungen** von rd. **189 T€**.

In der Teilergebnisplanposition 015 ergeben sich somit insgesamt **Minderaufwendungen** von rd. **364 T€**.

Im Saldo ergibt sich somit in diesem Budget insgesamt eine **Verbesserung** um rd. **669 T€**. In dieser Höhe wird im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 ein bilanzieller Sonderposten gebildet, der im übernächsten Jahr ertragswirksam aufzulösen ist (siehe Erläuterungen im Budget 01).

Budget: 53 Gesundheit und Verbraucherschutz

Produktgruppe	erfolgt planmäßig	Saldo		Erläuterung Nr.
		Verbesserung TEUR	Verschlechterung TEUR	
53.01 Koordination und Planung	X			
53.02 Gesundheitsschutz und Umweltmedizin	X			
53.03 Kinder- und Jugendgesundheitsdienst		8		1
53.04 Amtsärztlicher Dienst		9	25	2
53.05 Zahnärztlicher Dienst		25		3
53.06 Sozialpsychiatrischer Dienst	X			
53.07 Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung	X			
Summe		42	25	
Saldo		+ 17		

E 1 53.03 Kinder- und Jugendgesundheitsdienst

TEP 006 Kostenerstattungen und Kostenumlagen **+ 8 T€**

Der Mehrertrag ergibt sich aufgrund des Zuwendungsbescheides des LWL Münster für das Jahr 2013 sowie des Festsetzungsbescheides des LWL Münster für das Jahr 2012 aus August 2013. Nach Verrechnung der Beträge ergibt sich der **Mehrertrag** von rd. **8 T€**.

E 2 53.04 Amtsärztlicher Dienst

TEP 006 Kostenerstattungen und Kostenumlagen **+ 9 T€**

TEP 004 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte **- 25 T€**

Aufgrund der bisher zugewiesenen Belastungsausgleichszahlungen für Versorgungsämter ergeben sich **Mehrerträge** von rd. **9 T€**.

Die Untersuchungsaufträge für das Job-Center sind rückläufig. Diese Tendenz war nicht eingeplant, weshalb sich **Mindererträge** in Höhe von rd. **25 T€** ergeben.

E 3 53.05 Amtsärztlicher Dienst

TEP 003 Sonstige Transfererträge **+ 25 T€**

Eine Änderung der Beihilfeverordnung führt zu mehr Pflichtbegutachtungen und damit zu mehr Erträgen. Diese Entwicklung war nicht abzusehen und wurde daher nicht eingeplant.

In diesem Budget ergibt sich insgesamt eine **Verbesserung** von rd. **17 T€**.

Budget: 60 Bauen

Produktgruppe	erfolgt planmäßig	Saldo		Erläuterung Nr.
		Verbesserung TEUR	Verschlechterung TEUR	
60.00 Fachbereichsebene	X			
60.01 Bauordnungsangelegenheiten		250		1
60.02 Unterhaltung, Neubau und Erweiterung von Verkehrsflächen	X			
60.03 Hochbaumaßnahmen an Dienstgebäuden	X			
Summe		250		
Saldo		+ 250		

E 1 60.01 Bauordnungsangelegenheiten

Bei den Baugebühren ergeben sich durch die Genehmigung einiger Großprojekte in Bönen unerwartete **Mehrerträge** in Höhe von rd. **250 T€**.

Budget: 62 Vermessung und Kataster

Produktgruppe	erfolgt planmäßig	Saldo		Erläuterung Nr.
		Verbesserung TEUR	Verschlechterung TEUR	
62.00 Fachbereichsebene			20	1
62.01 Vermessung und Raumbezug			30	2
62.02 Katasterführung	X			
62.03 Katastererneuerung	X			
62.04 Geschäftsstelle des Gutachterausschusses	X			
Summe			50	
Saldo		- 50		

E 1 62.00 Fachbereichsebene

TEP 004 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte - 20 T€

Durch intensive Nutzung von „Vermessungsunterlagen online“, die nach neuer Gebührenordnung kostenfrei bereitzustellen sind, gehen die **Gebührenerträge** für diesen Bereich **gegen Null**.

E 2 62.01 Vermessung und Raumbezug

TEP 004 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte - 30 T€

Aufgrund von zwei nicht besetzten Stellen und krankheitsbedingten Ausfällen konnten weniger Vermessungen als geplant ausgeführt werden.

Im Saldo ergibt sich somit in diesem Budget insgesamt eine **Verschlechterung** um rd. **50 T€**.

Budget: 69 Natur und Umwelt

Produktgruppe	erfolgt planmäßig	Saldo		Erläuterung Nr.
		Verbesserung TEUR	Verschlechterung TEUR	
69.00 Fachbereichsebene		25		1
69.01 Landschaft		30		2
69.02 Wasser und Boden		30		3
69.03 Gewerblicher Umweltschutz und Abfallwirtschaft	X			
Summe		85		
Saldo		+ 85		

E 1 69.00 Fachbereichsebene

TEP 016 Zuwendungen und allgemeine Umlagen **+ 25 T€**

Verschiedene Programmteile des Klimaschutzprogramms des Kreises Unna werden vom FB 69 betreut. Die unter dem Produkt 69.00.01 TEP 16 veranschlagten Programmteile werden in 2013 in Höhe von 25.000 € nicht abgerufen. Von den veranschlagten 32,5 T€ wurden lediglich 7,5 T€ aufgewendet, da in 2013 keine Klimaschutzkonferenz durchgeführt und Öffentlichkeitsarbeit nur in sehr geringem Umfang betrieben wurde.

E 2 69.01 Landschaft

TEP 016 Zuwendungen und allgemeine Umlagen **+ 30 T€**

Der veranschlagte Programmteil des Projekts „100.000 Bäume“ wurde in 2013 in Höhe von 10.000 € nicht abgerufen. Darüber hinaus werden aufgrund der hohen EU-cofinanzierten Förderung des Kulturlandschaftsprogramms die veranschlagten Aufwendungen für dieses Programm in Höhe von 20.000 € nicht benötigt. Dies resultiert daraus, dass hohe Schutzgüter, hier Landschaftsschutzgebiete, höher bezuschusst werden und der Eigenanteil dementsprechend geringer ausfällt.

E 3 69.02 Wasser und Boden

TEP 002 Zuwendungen und allgemeine Umlagen **+ 30 T€**

Bei den Verwaltungsgebühren werden **Mehrerträge** in Höhe von **15 T€** erwartet. Zusätzlich ergeben sich **Minderaufwendungen** bei der Überwachung von Altlasten und -verdachtsflächen in Höhe von rd. **15 T€**.

Im Saldo ergibt sich somit in diesem Budget insgesamt eine **Verbesserung** um rd. **85 T€**.

B Finanzplan

Nach den aktuellen Meldungen der Fachbereiche, Fachdienste und Stabstellen zum Stichtag 30.09.2013 ergibt sich für den Kreis Unna in drei Budgets eine Abweichung zu den bisher geplanten Ansätzen des **Finanzplanes**. Bei linearer Fortschreibung und Hochrechnung der zurzeit ermittelten Werte stellt sich rechnerisch eine Verschlechterung von rd. **1.006 T€** dar.

Die Veränderungen können innerhalb des Finanzplanes ausgeglichen werden. Dies führt jedoch bei der Ansatzplanung für das Haushaltsjahr 2014 zu entsprechenden Anpassungen.

Es ist zu berücksichtigen, dass diese Prognose mit Unsicherheiten behaftet ist, da das tatsächliche Ergebnis erst mit dem Jahresabschluss 2013 vorliegen kann. Im weiteren Verlauf des Jahres können sich nach wie vor Änderungen in positiver wie auch negativer Hinsicht ergeben.

Produktgruppe	Saldo	
	Verbesserung TEUR	Verschlechterung TEUR
01 Zentrale Verwaltung		
32 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	800	
36 Straßenverkehr		
40 Schulen und Bildung		
41 Kultur		
50 Arbeit und Soziales		
51 Familie und Jugend		
53 Gesundheit und Verbraucherschutz		
60 Bauen		1.818
62 Vermessung und Kataster		
69 Natur und Umwelt	12	
Summe	812	1.818
Saldo	- 1.006	

Budget: 32 Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Produktgruppe	erfolgt planmäßig	Saldo		Erläuterung Nr.
		Verbesserung TEUR	Verschlechterung TEUR	
32.01 Ordnungsangelegenheiten	X			
32.02 Ausländer- und Personenstandswesen	X			
32.03 Bevölkerungsschutz		800		1
Summe		800		
Saldo		+ 800		

E 1 32.03 Bevölkerungsschutz

TEP 016 Sonstige ordentliche Aufwendungen

+ 800 T€

Für die Einführung des Digitalfunks werden im laufenden Jahr lediglich 60 T€ verausgabt. Abhängig vom bundes- und landesweiten Planungs- und Umsetzungsfortschritt werden die restlichen Mittel voraussichtlich in den Jahren 2014 – 2016 benötigt. Es ergibt sich eine **Minderauszahlung** in Höhe von **800 T€** in 2013, wofür am Jahresende eine Ermächtigungsübertragung in das Folgejahr notwendig sein wird.

Budget: 60 Bauen

Produktgruppe	erfolgt planmäßig	Saldo		Erläuterung Nr.
		Verbesserung TEUR	Verschlechterung TEUR	
60.00 Fachbereichsebene	X			
60.01 Bauordnungsangelegenheiten	X			
60.02 Unterhaltung, Neubau und Erweiterung von Verkehrsflächen			1.818	1, 2
60.03 Hochbaumaßnahmen an Dienstgebäuden	X			
Summe				
Saldo		- 1.818		

E 1 60.02 Unterhaltung, Neubau und Erweiterung von Verkehrsflächen

TFP 018 Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen **- 1.018 T€**

Die veranschlagten Fördermittel für den Bau der „K40n Südkamener Straße in Kamen“ in Höhe von rd. **200 T€** können nicht abgerufen werden, da in 2013 keine entsprechenden Auszahlungen getätigt werden. Insgesamt können die für die Maßnahme veranschlagten Auszahlungen jedoch nicht verringert werden. Der für 2013 vorgesehene Betrag von 730 T€ muss am Jahresende nach 2014 übertragen werden (Gründerwerbs- und Planungskosten).

Für die Maßnahme „K44n Südumgehung Selm“ können die veranschlagten Fördermittel nicht in voller Höhe von rd. 818 T€ abgerufen werden. Voraussichtlich werden in 2013 lediglich Kosten im Gegenwert von rd. 300 T€ anfallen. Somit vermindern sich die Einzahlungen voraussichtlich um rd. **518 T€**. Der Auftrag an die Straßenbaufirma ist schon komplett vergeben, so dass die restlichen im Ansatz befindlichen Mittel im Jahresabschluss als Ermächtigungsübertragung in das Folgejahr zu übertragen sind.

Die veranschlagten Fördermittel für „Bauwerke stillgelegte Bahnstrecke Königsborn-Welver“ in Höhe von 600 T€ sind lt. Bescheid der Bezirksregierung für 2013 auf rd. 300 T€ reduziert worden. Diese Entwicklung war bei der Planung des Budgets für 2013 noch nicht bekannt. Die zu erwartenden Einzahlungen reduzieren sich somit um rd. **300 T€**.

Insgesamt ergeben sich daher Mindereinzahlungen von rd. **1.018 T€**.

E 2 60.02 Unterhaltung, Neubau und Erweiterung von Verkehrsflächen

TFP 025 Auszahlungen für Baumaßnahmen **- 800 T€**

Die bereits abgeschlossene Baumaßnahme „K 10n in Schwerte“ führt im Jahr 2013 noch zu höheren Auszahlungen als erwartet. Über den ursprünglichen Auftrag an die Straßenbaufirma hinaus sind im Rahmen der Abwicklung der Maßnahme diverse Nachtragspositionen zu begleichen.

Insbesondere mussten Wasserleitungen verlegt und umgebaut, vorgefundene Hochofenschlacken in größerem Umfang als zunächst vermutet beseitigt und ursprünglich nicht geplante Lärmschutzmaßnahmen (Einbau von Fenstern als passiver Lärmschutz) durchgeführt werden (**rd. 500 T€**). Darüber hinaus wurden Zufahrtswege und vorhandene Ampelanlagen im Rahmen der Baumaßnahme verändert.

Budget: 69 Natur und Umwelt

Produktgruppe	erfolgt planmäßig	Saldo		Erläuterung Nr.
		Verbesserung TEUR	Verschlechterung TEUR	
69.00 Fachbereichsebene	X			
69.01 Landschaft		12		1
69.02 Wasser und Boden	X			
69.03 Gewerblicher Umweltschutz und Abfallwirtschaft	X			
Summe		12		
Saldo		+ 12		

E 1 69.01 Landschaft

TFP 025 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden **+ 12 T€**

Bei den Entschädigungen werden von dem geplanten Investitionsvolumen 50 % realisiert. Es erfolgt eine Förderung von 80 % nach der Förderrichtlinie Naturschutz. Geplant wurden Einzahlungen von 96 T€ und Auszahlungen von 120 T€, entsprechend konnten bei 50 %iger Umsetzung lediglich 48 T€ Einzahlungen verbucht werden. Auszahlungen erfolgten i. H. v. 60 T€.

Bei einer Förderung von 80 % bleiben somit vom Kreis zu tragende Auszahlungen von 12 T€ bestehen. Ursprünglich war jedoch mit einer doppelt so hohen Differenz geplant worden (120 T€ abzgl. 96 T€), so dass sich nun eine **Minderung der Auszahlungen** um rd. **12 T€** ergibt.

Anlagen

keine